

Rede des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Kreistag Heinsberg
Ralf Derichs
zum Entwurf des Haushaltsplans 2025

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

für jemanden, der meine letztjährige Rede, in der ich die Ablehnung der SPD-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2024 begründet habe, noch in Erinnerung hat, wird es keine Überraschung sein, dass auch der Entwurf für das Jahr 2025 die Zustimmung meiner Fraktion nicht finden wird. Dazu später mehr. Eine Überraschung war jedoch die Einbringung des Haushalts, der heute zur Beratung steht.

Lieber Herr Goertz, Ihre als Kämmerer hier vorgetragene Einbringungsrede der vorangegangenen Haushaltsentwürfe waren auch mit politischen Botschaften gespickt. Mal haben Sie sich mit dem Begriff des Sondervermögens befasst, mal haben Sie alttestamentarische Bilder zum Thema Sparen bemüht. Mit Ihren politischen Botschaften habe ich mich dann jeweils auch kritisch auseinandergesetzt, was zu einer demokratischen Auseinandersetzung ja dazu gehört. Das Ergebnis ist aber: Jetzt haben Sie gar nicht mehr geredet. Ich sage an dieser Stelle: Das habe ich nicht gewollt. Selbstverständlich gehört die Rede des Kämmerers zur Einbringung des Haushalts. Ich kann mich nicht entsinnen, dass es in den 30 Jahren meiner Zugehörigkeit zum Kreistag jemals anders gewesen wäre. Ich möchte Sie daher ausdrücklich ermutigen, im nächsten Jahr bei der Einbringung des Haushalts wieder zum Kreistag zu sprechen. Gerne auch wieder – und darauf freue ich mich – mit politischen Botschaften.

In der Einbringungsrede haben Sie, Herr Landrat, das Bild eines Rad-dampfers genutzt, aus meiner Sicht aber einen entscheidenden Aspekt vergessen: nämlich die Heterogenität der Passagiere und ihre unterschiedlichen Bedürfnisse. Das passt auch zu dem Bild, das wir in den letzten Jahren bekommen haben und ich in den vergangenen Haushaltsreden immer wieder angemahnt habe. Die Verwaltung geht in vielen Bereichen davon aus, dass Handlungsbedarf für den Kreis nicht besteht. Offenbar haben Sie kein Gespür für gewisse Problemlagen der Passagiere des Dampfers. Warum wollen Sie sich den Herausforderungen und Problemen nicht annehmen? Sind Ihnen die Probleme zu individuell? Sie, Herr Landrat, sagten bei der Haushaltseinbringung: „Wir können nicht länger alle individuellen Probleme der Menschen lösen – die Förderung des kollektiven Gemeinwohls muss wieder stärker in den Fokus rücken.“ Wie aber soll das jemand verstehen, der gerade im Kreis Heinsberg eine Wohnung sucht oder jemand, der dringend eine Beratung als Verbraucher benötigt?

Bereits in den letzten Haushaltsreden habe ich deutlich gemacht, dass es aus Sicht der SPD-Fraktion zu wenig Lösungsansätze für die bestehenden Herausforderungen und Probleme gibt. Vor allen Dingen hatten wir vor einem Jahr bemängelt, dass der damalige Haushaltsentwurf keine Lösungsansätze für die größten Probleme im Kreis anbietet, nämlich der Wohnungs- und der Fachkräftemangel.

Auch in der diesjährigen Rede des Landrats zur Einbringung des Haushalts wurden keine Lösungen und Ziele präsentiert – vielleicht, weil Sie diese gar nicht haben. Zumindest nicht für den Kreis Heinsberg. Stattdessen präsentieren Sie Ideen, was Bund und Land besser machen können. Wie man in der Heinsberger Zeitung am 5.12. lesen konnte, haben Sie z.B. Vorschläge zur Änderung des Schulgesetzes. Das eine oder andere

ist vielleicht auch gar nicht so falsch. Und einen Vorwurf kann man Ihnen sicher auch nicht machen: Sie kritisieren alle Ebenen, egal ob die dortigen Regierungen SPD- oder CDU-geführt sind. Kritik an Bund und Land ist aber zu wenig. Alle Kommunen und Kommunalverbände in Nordrhein-Westfalen haben die gleichen gesetzlichen Rahmenbedingungen. Wir können und müssen erwarten, dass in einem Haushalt Ziele zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen erkennbar sind.

Herr Landrat, Sie haben bei der Einbringung des Haushaltsplans auch gesagt: „Nicht das Wünschenswerte, sondern das Machbare muss unser zukünftiges Handeln bestimmen.“ Aus Sicht der SPD-Fraktion wäre es vor allem sinnvoll, das Notwendige zu tun. Würden wir uns häufiger darauf konzentrieren was geht, anstatt immer nur zu sehen, was nicht geht, wären wir ein gutes Stück weiter.

Eines der Probleme in unserem Kreis, die nach Lösungen schreien, ist weiterhin die Wohnungsmarktsituation. Viele Menschen suchen bezahlbaren Wohnraum, finden ihn aber bei uns nicht. Sicherlich ist es ein Fehler der Vergangenheit, dass wir nicht längst wie andere eine Wohnungsbau-gesellschaft geründet haben. Denn weder „treffen die Menschen in jeder Lebensphase auf ein ihrer Lebenssituation entsprechendes Angebot“, noch wird „der Verödung der Ortskerne entgegengewirkt, wie wir es so schön in unserem Leitbild im Jahr 2018 beschrieben haben.

In der Kreistagssitzung vom 24.09.2024 erklärten Sie, Herr Landrat, und so ist es auch in der Niederschrift festgehalten, dass „Nachbarkreise mit eigener Wohnungsbaugesellschaft aktuell gar nicht bauen würden, da die Rahmenbedingungen derzeit nicht stimmten.“ Nun kann man den Wahrheitsgehalt dieser Aussage recht einfach überprüfen.

Sechs Wochen vor Ihrer Aussage hier im Kreistag berichtete die Rheinische Post am 07.08.2024 über die Bauaktivitäten der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Kreis Viersen: „In diesem Jahr 2024 werden insgesamt 34 Wohnungen in Brüggem und Niederkrüchten fertiggestellt, davon 25 öffentlich gefördert. Außerdem wird mit dem Bau von 34 Wohnungen in Niederkrüchten und Willich begonnen, davon 28 öffentlich gefördert. Weitere Bauvorhaben in Kempen, Nettetal, Schwalmatal und Willich (rund 85 Wohneinheiten) befinden sich in der fortgeschrittenen Planung, bei denen der Baubeginn spätestens 2025 zu erwarten ist.“

Auch die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Städteregion Aachen investiert und baut. Schon Ende letzten Jahres zitierte die Aachener Zeitung deren Aufsichtsratsvorsitzenden, Städteregionsrat Tim Grütemeier (CDU), angesichts eines Neubaus in Herzogenrath: „In den oberen Etagen befinden sich 13 Wohneinheiten - sechs davon öffentlich gefördert. Alle sind barrierefrei und werden über Luft-Wärme-Pumpe sowie dezentraler Lüftung mit Wärmerückgewinnung betrieben. Elf Garagen und drei Stellplätze stehen zur Verfügung. Investiert wurden in den Neubau etwa 4,2 Millionen Euro. Der Druck auf den Wohnungsmarkt, genügend guten und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, sei groß. Umso wichtiger sei, dass die GWG diesem Auftrag gerecht werde, wie er betonte. Und es bleibe nicht dabei.“ Er stellte den Bau weiterer Wohneinheiten für die kommenden fünf Jahre in Aussicht. So reden Hauptverwaltungsbeamte, die nicht jammern, sondern anpacken. Auch in Würselen wurden zuletzt Wohneinheiten fertiggestellt, weitere sind im Bau bzw. in Planung. Im Juli dieses Jahres berichtete ebenfalls die Aachener Zeitung, dass die GWG nun auch in Monschau neue Wohnungen plant und zitiert die dortige Bürgermeisterin Carmen Crämer: „Wir brauchen auch in Monschau mehr bezahlbaren Wohnraum, vor allem mehr kleine, bezahlbare Wohnungen“. Die Situation in den Kommunen unseres Kreises ist nicht anders. Anders

ist nur das Engagement des Landrats und der politischen Mehrheit in diesem Haus. Auch über Investitionen des Dürener Bauvereins, an dem der Kreis Düren beteiligt ist, von rund 10 Millionen Euro in weiteren Wohnraum in Düren wurde bereits Ende letzten Jahres auf der Internetseite des Kreises Düren berichtet. Und weiter heißt es: „In Niederzier entstehen derzeit acht öffentlich geförderte und 22 freifinanziert Wohnungen. Im kommenden Jahr sollen zudem Bauprojekte in Kreuzau und Langerwehe auf den Weg gebracht werden. Mit der Strategie 2030 verfolgt der Bauverein das Ziel, 900 neue Wohnungen zu schaffen.“

Dies also zu Ihrer Behauptung, Herr Landrat, die Nachbarkreise mit eigenen Wohnungsbaugesellschaften würden derzeit gar nicht bauen. Der Landrat belügt seinen Kreistag – natürlich nicht. Und wenn ich mich recht entsinne, haben Sie diese nachweislich falsche Aussage mit dem Hinweis verbunden, Sie hätten sich erkundigt. Daher heute meine Frage: Von wem um Himmelswillen haben Sie sich diesen Bären aufbinden lassen?

Halten wir also fest: Die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft des Kreises Viersen baut aktuell, ebenso die Aachener Wohnungsbaugesellschaft und der Dürener Bauverein. Im Münsterland ist derzeit die Gründung einer interkommunalen Wohnungsgesellschaft sehr konkret in Planung – wo ein Wille, da ein Weg. Im Übrigen haben kommunale Wohnungsbaugesellschaften nicht nur den Neubau von Wohnungen auf der Agenda, sondern auch die Sanierung des Wohnungsbestands – auch dafür nehmen Wohnungsbaugesellschaften Geld in die Hand. Sie müssen nicht gewinnbringend, sondern auskömmlich wirtschaften. Das ist ein klarer Vorteil gegenüber privaten Investoren.

Und leider muss ich in diesem Zusammenhang noch ein weiteres Thema ansprechen: Es hat uns überrascht, dass Sie, Herr Landrat, der Presse

gegenüber erklären, die SPD würde wieder einmal eine Studie missbrauchen, die vom Bundesverband deutscher Baustoff-Fachhandel in Auftrag gegeben worden und im Wesentlichen ein Zeichen an die große Politik in Berlin und Düsseldorf senden sollte. Dem möchte ich erneut entgegen, dass auch die vom Kreis Auftrag gegebene Studie von 2019 zu dem Ergebnis kommt, dass Wohnungen fehlen. Aber aus dieser Studie haben Sie bis heute keine Schlüsse gezogen. Sie haben es in eben diesem Pressegespräch auch als „wahlkampfpolitisches Irrlicht der SPD“ bezeichnet. Ihre Aussagen sind Hohn und Spott für die Menschen, die in unserem Kreis eine Wohnung suchen. Jüngst berichtete die Rheinische Post unter der Schlagzeile: „Senioren fordern mehr bezahlbaren Wohnraum – vergeblich“, über die gescheiterten Bemühungen unseres Beirats für Generationenfragen, den Kreis zur Gründung einer Wohnungsbauförderungsgesellschaft zu bewegen. Der Vorsitzende des Beirats, Heinz-Peter Benetreu habe sich enttäuscht über mangelnden Bemühungen des Kreises in diese Richtung gezeigt. Da stellt sich doch die Frage: Macht das CDU-Mitglied und Ehrenvorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft im Kreis Heinsberg Heinz-Peter Benetreu nun Wahlkampf für die SPD?

Seit Jahren tritt die SPD auch in diesem Hause dafür ein, dass sich der Kreis aktiv um den Bau bezahlbaren Wohnraums kümmert, wie es unsere Nachbarkreise ebenfalls tun. Wenn Sie denen, die nun konsequent ihre seit Jahren vertretenen politischen Inhalte weiterverfolgen, bloßen Wahlkampf unterstellen, spielen Sie den Demokratieverächtern, die in unserem Land unterwegs sind, in die Hände in ist das genaue Gegenteil einer Demokratieoffensive, die Sie im März angekündigt haben.

In Zusammenhang mit dem Thema Wohnen möchte ich auch noch mal auf unseren Antrag zum Azubi-Wohnheim zurückkommen. Offenbar ist

die Intention unseres Antrags noch nicht bekannt. Es geht vorrangig nicht darum, Auszubildenden, die bereits im Kreis Heinsberg leben, eine Azubi-Wohnung anzubieten, gleichwohl sich eine erkleckliche Zahl der von der WFG befragten Auszubildenden vorstellen können, diese in Anspruch zu nehmen. Vielmehr ist die Zielgruppe junge Menschen, die zwar einen Ausbildungsplatz bekämen, die aber keine Wohnung in der Nähe haben und finden. Wir können mit einem solchen Angebot junge Menschen in den Kreis Heinsberg holen. Es gibt gute Beispiele, dass dieses Konzept gelingt, z. B. Kolping Jugendwohnen oder das Azubi Wohnen von Kreishandwerkerschaften oder Industrie- und Handelskammern.

Auch in den Jahren 2024 und 2025 förderten und fördern Bund und Länder mit dem Sonderprogramm „Junges Wohnen“ die Realisierung von Wohnheimplätzen für Studierende und Auszubildende. Der Bund stellt Fördermittel in Höhe von 500 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. Das Land NRW verteilt in den Jahren 2025 bis 2027 jährlich 180 Millionen Euro Fördermittel zur Förderung von Wohnraum für Auszubildende und Studierende. Geld, das auch im Kreis Heinsberg gut investiert wäre.

Nun aber zu einem anderen Thema: Bereits in den vergangenen Jahren habe ich aus dem Leitbild des Kreises zitiert. Und auch in diesem Jahr möchte ich darauf verweisen. Wir haben im September 2018 folgendes beschlossen: „Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird durch die Unterstützung arbeitsplatz- und wohnortnaher Kinderbetreuung gefördert.“ Mehr als sechs Jahre nach dem Beschluss sieht die Realität anders aus. Viele Eltern wissen morgens nicht, ob sie ihr Kind in die Kita-Betreuung bringen können. Aufgrund des Personalmangels fallen Betreuungsstunden weg – es sind längst keine Ausnahmen und Einzelfälle mehr. Bei allen Schwierigkeiten, die für die Familien entstehen, dürfen wir auch die Mitar-

beiterinnen und Mitarbeiter nicht aus dem Blick verlieren, die den ungenügenden Bedingungen trotzen – ihnen gilt unser großer Respekt. Wir fragen uns: Wo ist der Widerstand? Kommunen, die Eltern und Beschäftigten werden alleine gelassen. Wir brauchen dringend Lösungen – auf allen politischen Ebenen.

Die Heinsberger Zeitung hat im Oktober über die Ergebnisse des Gesundheitsreports der AOK berichtet. Demnach gibt es im Kreis Heinsberg verhältnismäßig viele Fälle von Entwicklungsstörungen bei Kindern. Dazu gehören unter anderem Sprachentwicklung, motorische Entwicklung, ADHS, Sozialverhalten, Adipositas. In diesem Presseartikel war die Rede davon, dass der Kreis Heinsberg in den letzten Jahren immer wieder besonders schlecht abschnitt. Es ist sicherlich gut, Akteure zu einem Fachtag zusammenzubringen, aber noch entscheidender ist, dass wir konkrete Maßnahmen entwickeln. Welche präventiven Maßnahmen können den Trend künftig stoppen – auch um die hohen Kosten im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe im Blick zu behalten?

Ebenso tragisch ist, die Erkenntnis aus dem Gesundheitsreport 2023, dass jedes fünfte Kind im Kreis Heinsberg ein Elternteil mit körperlicher Erkrankung hat. Fast jedes vierte hat ein Elternteil mit psychischer Störung. Besonders häufig haben Kinder im Kreis suchtkranke Eltern. Auch hier müssen wir aktiv werden.

An dieser Stelle möchte ich den früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann zitieren: „Man erkennt den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie mit den Schwächsten ihrer Glieder verfährt“.

Das gilt auch für die Frauenberatung. Während bundesweit die Fälle häuslicher Gewalt steigen, besteht nach Auffassung der Verwaltung im Kreis Heinsberg offenbar kein Bedarf an weiteren Beratungsangeboten und

hatte die Ablehnung einer weiteren halben Stelle empfohlen. Gleichzeitig aber stellt sich der Landrat anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen vor den orangenen Bus der Westverkehr mit der Aufschrift „Stopp Gewalt an Frauen“. Reine Symbolpolitik ist aber zu wenig. Glücklicherweise sah es die politische Mehrheit diesmal genauso und hat die Stelle entgegen der Empfehlung der Verwaltung dann doch bewilligt.

Für uns ist es weiterhin wichtig, diejenigen in den Blick zu nehmen, die unsere Unterstützung brauchen. Dazu passt, dass es nur durch unseren Druck ist es gelungen, dass die Kita-Beiträge für Familien in diesem Jahr beim Kreisjugendamt nicht erhöht wurden. Wir können den Familien gerade jetzt nicht noch mehr finanzielle Belastungen zumuten.

Es ist wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, dass man alle Menschen berücksichtigt. Wir dürfen die Menschen mit ihren Sorgen nicht alleine lassen. Auch hier wäre auch ein stärkeres Einfordern dieser Leistungen durch die Landes- und Bundesregierung erforderlich. Der Rat der Stadt Aachen z. B. setzt sich daher gegenüber dem Landtag einstimmig für eine Rücknahme auch der weiterhin geplanten Kürzungen im Haushaltsentwurf 2025 des Landes bei zahlreichen sozialen Diensten und Angeboten ein. Wir appellieren daher an den Landtag und die Landesregierung, erneut über ihre Prioritätensetzung zu beraten und auch die verbleibenden geplanten Kürzungen im Sozialbereich zurückzunehmen. Und wenn Sie, Herr Landrat, schon vor Kritik an Bund und Land nicht zurückschrecken, sollten Sie sich auch an dieser Stelle deutlich äußern.

Ein weiteres wichtiges Thema, das ich ansprechen möchte, ist die wirtschaftliche Entwicklung unseres Kreises. Wie wichtig dieses Thema und wie groß der Handlungsbedarf ist, zeigt die Statistik. Nach den im Juli dieses Jahres von IT.NRW veröffentlichten Zahlen für das Jahr 2022 ist der

Kreis Heinsberg der Kreis mit dem niedrigsten Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätige Person in Nordrhein-Westfalen. Wir benötigen also gute und auch gut bezahlte Arbeitsplätze.

Auf der Homepage des Kreises Heinsberg prangt ein großes Wegweiserschild an einer schwarzen Stange. Darauf fettgedruckte Großbuchstaben in blauer Farbe: VISION.

Wohin das Schild zeigt, ist nicht erkennbar. Jedenfalls wir haben den Eindruck, es zeigt es raus aus dem Kreis Heinsberg. Von Visionen jedenfalls ist hier nicht viel zu spüren. Vielleicht gibt es sie ja, aber niemand spricht darüber. Nicht in den politischen Gremien, nicht in der Öffentlichkeit und vor allem nicht in den vielfältigen Gremien der kreisüberschreitenden Zusammenarbeit und überregionalen Entscheidungsgremien. Zu der Frage, woran das liegen könnte, komme ich später noch.

Daher ist es nicht verwunderlich, dass bei Projekten und Vorhaben ganz unterschiedlicher Art der Kreis Heinsberg so oft als weißer Fleck auf der Projektkarte erscheint.

Wie zum Beispiel beim Strukturwandel im Rheinischen Revier. Nach dem politischen Beschluss zum Braunkohleausstieg im Jahr 2030 bleibt nicht viel Zeit, dafür zu sorgen, dass der Strukturwandel gelingen kann.

- Für die Natur über Rekultivierung wieder Flächen gewinnen wie auch für die Landwirtschaft.
- Für Freizeit und Erholung neue Landschaften wie die entstehenden Restseen gestalten.

- Insbesondere aber dafür Sorge zu tragen, dass gut bezahlte, tarifgebundene und mitbestimmte industrielle Arbeitsplätze neu entstehen. Als Ersatz für die wegfallenden Jobs in der Braunkohle und den Kraftwerken, bei den Zuliefern.

Seit Jahren überschlagen sich die Städte und Kreise im Rheinischen Revier mit Ideen und Projektvorhaben, um möglichst viel aus dem Topf der Bundesregierung abzubekommen, der immerhin mit 14,8 Milliarden Euro gefüllt ist.

Der Kreis Heinsberg fällt in dem Rennen um Flächen und Möglichkeiten leider nicht groß auf. Die Hauptgewinner, auch bei der Ansiedlung namhafter Unternehmen, sind die Stadt Aachen, die Städteregion Aachen, der Rheinkreis Neuss, der Kreis Düren und der Rhein-Erft-Kreis. Dabei ist es der Tagebau Garzweiler (der jetzt vor allem unseren Kreis betrifft), bei dem zuletzt die Lichter der Bagger erlöschen und die Befüllung des Restsees am längsten dauert.

Der prall gefüllte Bundestopf wird in Teilen von der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) mit Sitz in Jülich verwaltet. Sie teilt im September 2024 mit - also vor drei Monaten - dass es zwischenzeitlich 22 Standorte für Leuchtturmprojekte im Revier gebe – davon gerade einmal zwei im Kreis Heinsberg.

Einer davon ist die Stadt Erkelenz. Mit den Projekten

- „Blaues Band“ – Ein Rad- und Erlebnisweg und um den Tagebau Garzweiler
- wissenschaftliches Institut für die Zukunft der Landwirtschaft
- Revitalisierung der fünf erhaltenen Dörfer

Als Mitglied des Zweckverbandes Landfolge Garzweiler würde Erkelenz zudem von der Internationalen Gartenausstellung 2037 profitieren.

Gute Projekte, deren Arbeitsplatzwirksamkeit bleibt jedoch leider überschaubar.

Der zweite Leuchtturmstandort im Kreis Heinsberg ist die Stadt Geilenkirchen. Mit der Fläche für industrielle Großvorhaben nach dem Landesentwicklungsplan 6 im Stadtteil Lindern.

Immerhin: Ein Teil der Entwicklungskosten für diese Industriefläche, an der der Kreis Heinsberg und die Städte Geilenkirchen, Heinsberg und Hückelhoven beteiligt sind, wird aus Strukturwandelmitteln bezahlt.

Erlauben Sie mir aber die Feststellung: Das ist sehr alter Wein in neuen Schläuchen. Die Industriefläche wird bereits seit Jahrzehnten angeboten. Und ist immer an der Autobahnanbindung gescheitert. Und scheitert möglicherweise wieder daran, dass Landesverkehrsminister Krischer – oder besser „Straßenbauverhinderungsminister“ Krischer dringend notwendige Ortsumfahrungen von Landesstraßen zur ortsdurchfahrtfreien Anbindung an die Autobahnen als nicht notwendig erachtet. Unsere politischen Vertreter im Landtag in Düsseldorf sind gefordert, dieser Verhinderungspolitik entgegenzutreten.

Wo sind also die Visionen von „Spitze im Westen“? Wo hat der Landrat im Ringen um die Fördergelder im Rheinischen Revier mal laut und deutlich „Hier“ gerufen in ist mit Projektvorschlägen aufgewartet? Das FutureSite InWest in Lindern wird schon sehr lange geplant. Somit ist es nicht wirklich ein Projekt des Strukturwandels. Nicht, dass ich falsch verstanden werde: Natürlich schätze ich die Projekte in Erkelenz und in Geilenkirchen und will, dass sie realisiert werden. Aber das reicht nicht.

Daneben gibt es lediglich 10 bewilligte Projekte für den Kreis Heinsberg – von insgesamt 201 im Revier – und selbst diese sind oftmals nicht eigeninitiativ entstanden, sondern in Verbindung mit anderen Gebietskörperschaften auf den Weg gebracht worden.

Machbarkeitsstudien und Projekte, die vor allem Nachdenken sollen über die Landwirtschaft, das Bauen, Freizeit und Erholung oder die Verkehrsmobilität der Zukunft – die meisten davon sind nicht eigeninitiativ gestartet, sondern ergeben sich aus Kooperationen mit den Anrainerkommunen aus den Nachbarkreisen.

Z. B. das bereits erwähnte blau-grüne Band Garzweiler – ein Fuß- und Radweg entlang des Tagebaurandes oder die Stellung von Machbarkeitsstudien zur Ertüchtigung der Schieneninfrastruktur im Rheinischen Revier mit der Weichenstellung für eine zukunftsfähige und attraktive Mobilität im Rheinischen Revier. Alles, schön, alles wichtig – aber nichts Handfestes, aus dem sich irgendwann eine belastbare Zahl an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen ergibt.

Natürlich ist die von einem Zusammenschluss lokaler Unternehmen mit Förderung des Landes in Oberbruch entstehende Wasserstoffanlage ein kleiner Lichtblick. Aber zum Vergleich: Allein in einem einzigen neuen Gewerbe- und Industriegebiet im Kreis Düren, dem Brainergy Park Jülich, entstehen derzeit und mittelfristig aus Mitteln des Strukturwandels und aus privatwirtschaftlichen Investitionen 3.000 – 5.000 Arbeitsplätze – auf der grünen Wiese. Mit High Tech für die Zukunft, für den Weltmarkt.

Und dann schaue ich erneut auf die Homepage des Kreises: Kreis Heinsberg. „Bodenständig, weitsichtig“ prangt dort in großen fetten Lettern. Ich kann nur sagen: „bodenständig“ – unbedingt ja. Der Kreis Heinsberg ist bodenständig.

Was fehlt, ist die Weitsicht. Die Weitsicht, die man braucht, um nicht nur konservativ, also bewahrend zu agieren, sondern den Kreis Heinsberg für die Menschen auch ständig weiterzuentwickeln und an veränderte Rahmenbedingungen und Bedarfe anzupassen. Das würde erneut so wunderbar zum aktuellen Leitbild des Kreises Heinsberg von 2018 passen.

Dieses beischreibt unter der Überschrift „Strukturentwicklung, Wirtschaft und Digitalisierung“ die Mitgliedschaft „in regionalen, überregionalen und grenzüberschreitenden Gremien“. An dieser Stelle komme ich auf unsere Vertretung in den überregionalen Entscheidungsgremien zurück. Denn dort geht es auch um Präsenz, und vor allem um die Präsenz des Chefs. Das gilt insbesondere für die Gremien der ZRR.

Die Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen, der Städteregionsrat Aachen, die Landräte von Düren und Euskirchen oder die Hauptverwaltungsbeamten der anderen beteiligten Städte und Gemeinden zeigen eine hohe Teilnahmequote. Und treten wortgewaltig für die Interessen der Menschen in ihren kommunalen Gebietskörperschaften ein. Leider fehlt unser Landrat persönlich dort zu oft und lässt sich vertreten.

Die Strukturentwicklung im Kreis Heinsberg muss endlich Chefsache – oder vielleicht besser Chefinnensache – werden.

Leitbildrelevanz haben auch Kultur und Tourismus. Unsere Landschaften im Kreis Heinsberg laden durchaus zum Erwandern und Erradeln ein. Das Knotenpunktsystem ist eine richtig gute Sache. Aber was den Radwegausbau betrifft, ist weiter hängen im Schacht. Der Zeitung konnte man entnehmen, das Straßennetz und insbesondere die Radwege würden kontinuierlich erweitert und erneuert. Die Kontinuität bezieht sich dabei aber wohl vor allem auf das niedrige Niveau, indem sich Erweiterung und Erneuerung vollzieht.

Touristen wollen heute auch mehr. Neben dem Wandern, radeln und gut essen wollen sie auch noch andere Dinge erleben. Auch Übernachtungsmöglichkeiten für Gäste bleiben in unserem Kreis ausbaufähig.

Anderes aus meiner letztjährigen Haushaltsrede hätte ich wiederholen können. Zur Geschwisterkindregelung in der OGS oder zur skurrilen Weigerung, dem Zukunftsnetzwerk Mobilität NRW beizutreten. Auf die uns wichtigsten Punkte habe ich mich diesmal konzentriert.

Auch in diesem Jahr muss der vorgelegte Haushaltsentwurf somit ohne die Stimmen der SPD-Fraktion eine Mehrheit erhalten. Unser Dank für die Haushaltsaufstellung gilt gleichwohl dem Kämmerer Herrn Görtz und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die an der Erstellung des Haushaltsplans beteiligt waren. Die Entscheidung, gegen den Haushalt zu stimmen ist erneut inhaltlich begründet und hat nichts mit dem handwerklichen Geschick bei der Haushaltsaufstellung zu tun.

Ich wünsche Ihnen, den Beschäftigten unserer Kreisverwaltung und allen, die im Kreis Heinsberg zu Hause sind, schöne Weihnachtstage, alles Gute – vor allem Gesundheit – für das kommende Jahr. Und uns im Kreistag wünsche ich bis zum Ende der Legislaturperiode – und vielen von Ihnen und Euch sicher auch darüber hinaus – eine gedeihliche Zusammenarbeit.